

Veränderungssperre hilft wohl nichts

Berleburger Rat votiert für erneute 100-Meter-Begrenzung / Aber: Berliner WWU droht mit Klage

Bad Berleburg. Der Rat der Stadt Bad Berleburg hat gestern Abend die Veränderungssperre für Windkraftanlagen in der Konzentrationszone Osterholz in Weidenhausen um ein weiteres Jahr verlängert. Damit ist es dem potenziellen Investor aus Berlin nicht möglich, in dieser Zeit weitere Anlagen mit einer Höhe von mehr als 100 Metern zu errichten. Die SZ erfuhr allerdings am späten Abend von der Berliner WWU Ingenieure Management GmbH, man werde ganz sicher in 2008 die gewünschten Windkraftanlagen bauen und sich den Klageweg vorbehalten.

Auf Anfrage der Siegener Zeitung erklärte WWU-Geschäftsführer Christian Hammeke, der Ratsbeschluss werfe sein Unternehmen keineswegs zurück. Die Unterlagen, nämlich der Bauantrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz, würden dann eben per 24. August 2007 eingereicht. Gemäß §14 und 17 des BauGB sei ein viertes Jahr Veränderungssperre nicht möglich. Werde die Stadt in den kommenden zwölf Monaten den B-Plan aufstellen, werde auch die Veränderungssperre aufgehoben. Und dann ergäben sich für die WWU mehrere Möglichkeiten.

Solle der B-Plan eine Höhe von weniger als 140 Metern und weniger als drei Anlagen vorschreiben, »dann klage ich.« Bei drei Anlagen minimum und 140 Metern, »dann baue ich.« Bleibe es bei 100 Metern, dann erfolge die Klage. Das sei sogar der beste Fall für sein Unternehmen, so Hammeke, dann werde es nämlich teuer für Bad Berleburg: »300000 € Schadensersatz für jede Anlage. Christian Hammeke abschließend: »Sicher wird gebaut in 2008.« Die Stadtverordneten diskutierten die Thematik kontrovers. Bernd Weide (SPD) kritisierte, man beschäftige sich seit zwei Jahren mit dieser Veränderungssperre. In dieser Zeit sei es nicht gelungen, eine Begründung für die »willkürlich gewählte 100-Meter-Begrenzung« zu geben. Er selbst habe sich damals gegen die Begrenzung ausgesprochen. »Wenn eine Konzentrationszone ausgewiesen ist, dann müssen wir auch dazu stehen.«

SPD-Fraktionsvorsitzender Michael Sittler unternahm gestern sogar eine komplette Kehrtwende. Seinerzeit habe er für die 100-Meter-Begrenzung gestimmt, heute werde er das nicht tun, weil andere Erkenntnisse vorlägen. Ob das Verfahren mit einer 100-Meter-Begrenzung rechtssicher abzuschließen sei, sei fraglich. Er tendiere zu einer Begrenzung in Verbindung mit der Gesamt-Topografie auf 700 Meter über NN. Die zwei 138 Meter hohen Anlagen, die dort stünden, würden von der Bevölkerung akzeptiert. Das habe er in zahlreichen Gesprächen erfahren. Überdies seien diese Anlagen »keine Koloss-Anlagen«. Mittlerweile gebe es Windräder mit 150 Metern Höhe und mehr. CDU-Fraktionschef Eberhard Friedrich verwies auf den Ratsbeschluss, der existiere. Die 100 Meter seien festgelegt worden. Im Übrigen hätten sich 45 Gemeinden dieser Höhe angenommen. Friedrich deutete an, man werde nun auf »neue rechtliche Aspekte« warten. Nach der Verlängerung der Sperre würde dann ein neues Bauleitplanverfahren auf der Grundlage der 100-Meter-Begrenzung eingeleitet. Grünen-Fraktionsvorsitzende Susanne Lapschies wollte für ihre Fraktion in Anspruch nehmen, die einzige gewesen zu sein, sich an einer Höhenbegrenzung nicht beteiligt zu haben. Sie sei dagegen.

Die Verwaltung äußerte sich aus – wie es Dezernent Wolfgang Acker-Marx formulierte – verfahrenstaktischen Gründen gar nicht. »Es ist eine unangenehme Situation für mich. Ich würde gerne etwas dazu sagen, aber ich kann nicht.« Auch Bernd Fuhrmann gab keine Stellungnahme ab. Nur so viel: Werde die Veränderungssperre nicht beschlossen, dann seien Kolosse von 150 Metern und mehr denkbar. Mit den Stimmen der kompletten CDU-Fraktion, der Mehrheit der SPD und der UWG beschloss der Rat die Verlängerung um ein Jahr. Teile der SPD sprachen sich dagegen aus, vier Sozialdemokraten enthielten sich ihrer Stimme.

Siegener Zeitung vom 22.08.2006